Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 274. Mittwoch den 1. October 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wir haben beschlossen, die zwischen der Plagwitzer Straße und der Heiligen Brücke gelegene Strecke der Meschelesstraße in das Eigenthum der Stadtgemeinde und zur ferneren Unterhaltung durch dieselbe zu übernehmen.

Leipzig, am 23. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rüling.

Bekanntmachung.

Der zweite diesjährige Termin der Immobiliarbrandcassenbeiträge ist

am 1. October dieses Jahres

mit **einem Pfennig** bei der **Gebäudeversicherung** und mit **ein und einhalb Pfennig** bei der **freiwilligen Versicherung** von jeder Beitragseinheit zu erheben.

Die Hausbesitzer bezw. deren Stellvertreter werden deshalb aufgefordert, ihre Beiträge **spätestens binnen acht Tagen,** von dem Fälligkeitstage ab gerechnet, zu bezahlen.

Nach Ablauf dieser Frist tritt gegen die Säumigen das gesetzliche Beitreibungsverfahren ein.

Die Zahlstellen sind folgende:

für **Alt-Leipzig** die Brandcassengelder-Hebestelle im Stadthause, Erdgeschoß, Zimmer 59;

für **Leipzig-Reudnitz, Leipzig-Anger-Crottendorf, Leipzig-Thonberg** und **Leipzig-Neureudnitz** im Rathhause zu Leipzig-Reudnitz;

für **Leipzig-Neustadt, Leipzig-Neuschönefeld, Leipzig-Volkmarsdorf** und **Leipzig-Tellerhausen** im Rathhause zu Leipzig-Volkmarsdorf;

für **Leipzig-Eutritzsch** im dortigen Rathhause und für **Leipzig-Gohlis** im früheren Gemeindeamte daselbst.

Leipzig, den 29. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet oder sonst als abhanden gekommen angezeigten **Pfandscheine** Lit. Z 42559 50186 64045 78462 83339 93286 98711, Lit. A 7848 10186 19074 19157 19159 19915 20201 25312 34654 35966 38768 39278 39279 43317 46647 49455 52361 52362 56701 63511 73518 79000 82135 85562 86769 87999 88559 88747 89139 89649 95401 95987 97077 99906, Lit. B 875 903 5113 8035 8061 10414 10557 10630 10634 13433 13930 15732 24352 24718 26799 28121 28710 29778 29885 werden hierdurch aufgefordert, sich damit unverzüglich und längstens bis zum Ablauf von 30 Tagen nach der auf jedem der Scheine bemerkten Verfallzeit bei unterzeichneter Anstalt zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen oder dieselben gegen Belohnung zurückzugeben, widrigenfalls der Leihhaus-Ordnung gemäß den Anzeigern die Pfänder ausgeliefert und die Inhaber der Scheine ihrer etwaigen Ansprüche daraus verlustig gehen werden.

Leipzig, den 30. September 1890.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Bekanntmachung.

Der von der Lagerhofverwaltung am 25. Juli 1890 unter Nr. 5988 ausgestellte Lagerschein über von Herrn Eduard Sander in Leipzig aufgelagerte 320 Säcke Reinen, gez. S. 6/37, wovon am 15. d. M. 20 Säcke abgenommen und noch 300 Säcke, gew. 15 671 kg, gez. S. 8/37, lagern, ist verloren gegangen.

Wir fordern den Inhaber des Lagerscheins auf, sich mit demselben binnen 3 Monaten und spätestens

bis zum 1. December 1890

bei Verlust jeglichen Anspruchs an die Lagerhofverwaltung in der Lagerhof-Expedition zu melden.

Erfolgt keine Meldung, so wird der Lagerschein unwirksam erklärt und ein neuer Lagerschein ausgestellt werden.

Leipzig, den 28. August 1890.

Lagerhof der Stadt Leipzig.
Gether.

Bekanntmachung.

Der in dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Hausgrundstücke **Markt Nr. 14, rechts neben dem Hauseingange gelegene erste Verkaufsstand ist vom 1. Januar 1891** an gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen, woselbst auch die Vermiethungsbedingungen zu erfahren sind.

Leipzig, den 27. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 4720. Dr. Georgi. Pücker.

Bekanntmachung.

Das Wachlocal und die Bezirksmeldestelle der
VIII. Polizeiwache
ist am heutigen Tage aus dem Grundstücke Eutritzscher Straße Nr. 3 nach dem zur neuen Gasanstalt I gehörigen, an der Yorkstraße gelegenen Gebäude verlegt worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Leipzig, am 1. October 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
D. B. 4296. Bretschneider.

Bekanntmachung.

Bei dem Kaiserlichen Telegraphenamte in Leipzig — Hauptpostgebäude am Augustusplatz, Eingang vom Grimmaischen Steinweg — sowie bei den Kaiserlichen Postämtern in Leipzig-Connewitz, Leipzig-Eutritzsch, Leipzig-Gohlis, Leipzig-Lindenau, Leipzig-Neuschönefeld und Leipzig-Plagwitz bestehen

öffentliche Fernsprechstellen.

Dieselben sind vom 1. October ab von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends ununterbrochen geöffnet.

Fernsprechscheine, welche zur Benutzung der Sprechstellen berechtigen, werden bei der öffentlichen Fernsprechstelle im Hauptpostgebäude und an den Schaltern der genannten Postämter verkauft.

Leipzig, 24. September 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Die Lieferung an **Fleisch, Wurst** und **Speck** für die **Menage des 1. Bataillons 10. Inf.-Regiments Nr. 134** soll anderweit vergeben werden. Offerten bis 5. October d. J. abzugeben: Baracken-Caserne A., Stube 23, woselbst auch die Bedingungen einzusehen sind.

Die Menage-Commission.

Die Zukunft von Deutsch-Ostafrika.

Die deutsche Colonialpolitik in Ostafrika zeigt ein auffallendes Schwanken, alles was geschieht, scheint darauf berechnet, mit England in gutem Einvernehmen zu bleiben, während von englischer Seite nicht das Entsprechende gethan wird, um dieses Einvernehmen nicht zu stören. Die Sensationsnachricht des „Figaro", daß der englische Generalconsul Evan Smith der Verfasser der Berichte an die „Times" über die angebliche Abhaltung von Sclavenmärkten in Bagamoyo sei, ist bezeichnend für das, was das Ausland England zutraut, sie braucht darum noch nicht wahr zu sein. In der schmachvollen Agitation in der Sclavenfrage ist nun noch die Ermordung Künzel's und seiner Genossen in Witu hinzugekommen, die auf die Beschimpfung der deutschen Flagge als letzte Ursache zurückgeführt wird. Es geht aus allen Anzeichen hervor, daß die Beziehungen der Engländer und Deutschen in Ostafrika so schlecht sind als nur irgend möglich, und da will man, wie es scheint, auf deutscher Seite alles vermeiden, was die Spannung steigern könnte. Das ist dieselbe Politik, welche zum Abkommen vom 1. Juli geführt hat, ohne eine Verbesserung der Verhältnisse zu bringen.

Noch vor ganz kurzer Zeit schien es festzustehen, daß Wißmann auf seinen Posten in Bagamoyo zurückkehren und daß Dr. Peters eine Verwendung in Ostafrika erhielt, welche seinen Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Jetzt hat Wißmann plötzlich einen Monat Nachurlaub erhalten, er weiß selbst nichts über seine zukünftige Bestimmung, und von Dr. Peters heißt es, daß er sich für eine ruhige und begrenzte Thätigkeit wenig eigne und daß deshalb seine Verwendung im Reichsdienste gerade im gegenwärtigen Augenblick sehr schwierig sei. Zu dem bemerkt der Gewährsmann der „Post", daß die beabsichtigte Veränderung in der Stellung Wißmann's vielleicht anfänglich manchen Colonialfreund verstimmen werde, fügt aber tröstend hinzu, daß der vorläufige Zustand nach Unterdrückung des Aufruhrs ein Ende nehmen und Verhältnisse an seine Stelle treten müßten, welche Vertrauen einflößen. Das klingt fast, als ob Wißmann nicht die geeignete Persönlichkeit sei, um dieses Vertrauen zu schaffen und zu befestigen. Man legt sich aber auch die Frage vor, wem denn eigentlich Vertrauen eingeflößt werden soll. Die Eingeborenen haben zu Wißmann Vertrauen, das haben sie durch ihre Haltung nach Unterdrückung des Aufstandes der Araber gezeigt, und darauf kommt es doch in erster Linie an. Es scheint aber gemeint zu sein, daß bei den Engländern Vertrauen erweckt werden soll, und das wird nach den bisherigen Erfahrungen schwerlich gelingen.

Wißmann hat bereits Anstalten getroffen, um den Dampfer für den Victoria-Nianzasee an seinen Bestimmungsort schaffen zu lassen, er war also dessen gewiß, daß er als Reichscommissar weiter walten werde, jetzt ist diese Gewißheit in Frage gestellt. Man denkt dabei unwillkürlich an seine Aeußerung, daß Deutsche und Engländer in Ostafrika in Zukunft ihre eigenen Wege gehen würden, da ein Zusammengehen bei der Verschiedenheit der beiderseitigen Anschauungen nicht wohl möglich sei. Mit Dr. Peters steht die Sache noch weit schlimmer, denn dieser hat in Aussicht gestellt, er werde beweisen, daß ihn Jackson habe wollen gefangen nehmen lassen. Männer, die solche Erfahrungen mit den Engländern gemacht haben, sind freilich nicht geeignet, ein besonderes freundschaftliches Verhältniß mit ihnen zu unterhalten, aber sie hätten ihnen Achtung eingeflößt, und ihren herrschsüchtigen Neigungen Schranken gesetzt, während Nachfolger sich erst wieder Boden schaffen und zeigen müssen daß sie ebensowenig Uebergriffe zu dulden, geneigt sind wie ihre Vorgänger. Vorläufig herrscht Ungewißheit über die zukünftige Organisation Ostafrikas, und das ist schlimm, weil sie die Vorstellung erweckt, daß Deutschland auf dem Wege der Nachgiebigkeit gegen die Wünsche Englands noch weiter zu gehen beabsichtigt. Wir fürchten, daß dadurch eine Lockerung der in Ostafrika bestehenden Verhältnisse, aber keineswegs eine Besserung erzielt werden wird und sehen mit Besorgniß den kommenden Ereignissen entgegen.

Der „Reichsanzeiger" enthält die überraschende Mittheilung, daß sich der Gouverneur von Kamerun, Freiherr von Soden, demnächst nach Ostafrika begeben wird, um über die künftige Gestaltung der inneren Verwaltung und die Regelung der Jurisdictionsverhältnisse an der Küste Ermittelungen anzustellen und darüber zu berichten. Eingeleitet wird diese Mittheilung durch die Erklärung, daß die Reichsverwaltung das Material verarbeite, um dem Reichstage bei seinem Zusammentritt einen vollständigen Plan über das, was geschehen soll, vorlegen zu können. Es läßt sich dagegen nichts einwenden, daß nach Wiederherstellung des Friedens die Civilgewalt von der militairischen, welche Wißmann bisher in seiner Hand vereinigte, getrennt wird, aber diese Trennung ist bisher in den afrikanischen Colonien nicht durchgeführt worden, die Gouverneure vereinigten beide Gewalten in ihrer Person, wofür Freiherr v. Soden als Beispiel angeführt werden kann. Das gleiche Verhältniß besteht in Südwestafrika, wo Dr. Göring als Gouverneur fungirt. Die Schutztruppe unter Hauptmann v. François ist ihm untergeordnet. Doch wir wissen nicht, wie sich die Verhältnisse in Ostafrika schließlich gestalten werden, die bisherigen Maßregeln sind vorbereitender Natur und es läßt sich aus ihnen noch kein Schluß auf die beabsichtigte Organisation ziehen. Es bleibt jedoch zu beklagen, daß der Reichstag seine Thätigkeit erst am 18. November wieder aufnimmt, weil wir erst dann Kenntniß von dem bis in alle Einzelheiten festgestellten Plan erhalten werden.

Die Sendung Emin Paschas nach dem Victoria-Nyanzasee ist jetzt auch bezüglich des dazwischen liegenden Landes gegenstandslos. Es erhellt das aus einer Aeußerung, welche Wißmann neulich dem Pastor Dr. Latrille gegenüber gemacht hat. Er sagte, er wisse nicht, wer Emin veranlaßt habe, nach Tabora zu gehen. Es mögen einige Häuptlinge der Unyamwesi bei ihm gewesen sein, die „Salaam, Salaam" gesagt hätten, als Emin aber fort war, sei alles beim Alten geblieben. Seine Aufgabe sei, eine Station am Victoria-Nyanza anzulegen, nichts weiter. Also Wißmann hatte seine Wünsche schon so weit herabgestimmt, daß er seine Gedanken für die zukünftige Entwickelung allein dem Victoria-Nyanzasee und dessen Ufern zugewendet hatte, während er doch früher großen Werth auf die Sicherung der Karawanenstraßen legte, wie die Anlage einer Station in Mpuapua bezeugt. Das ist nun alles tief herabgestimmt worden, so tief, daß der stets zu thatkräftigem Handeln bereite Dr. Peters bereits von der idyllischen Ruhe träumt, welche das Pflanzerleben begleitet. Immerhin bleibt als Hauptzweck die Entwickelung der Handelsbewegung nach der Küste vor Augen, und diese wird noch manche Kämpfe erfordern. Zunächst kommt für die Schaffung neuer Verkehrswege das Küstenland in Betracht, daneben ist aber der Bau einer Eisenbahn nach dem Victoriasee das Ziel der Zukunft. Wißmann und Peters haben durch ihre Thaten bewiesen, daß sie sich nicht mit dem Entwurf von großen Plänen begnügen, sondern sie auch zweckmäßig auszuführen wissen. Solche Männer brauchen wir als Bahnbrecher und Pfadfinder auf dem weiten Gebiete zwischen Bagamoyo und dem Victoriasee, und es war schon alles aufs Beste in die Wege geleitet, um für die Zukunft Großes und Bedeutendes zu schaffen. Wenn wir aber alle unsere Bemühungen darauf richten wollen, um es den Engländern recht zu machen, dann werden wir wohl unseren colonialen Hoffnungen Valet sagen müssen. Wir müssen uns vorläufig bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages bescheiden, kann aber wünschen und hoffen wir, daß alle Anhänger unserer colonialen Sache ihre Stimme laut und muthig erheben werden, um einer Politik zu widersprechen, welche nun und nimmermehr zum Ziele führen kann.

Leipzig, 1. October.

* Das **preußische Staatsministerium**, welches bis auf den Minister für Landwirthschaft, Domainen und Forsten, Dr. Frhr. Lucius v. Ballhausen, der zur Zeit auf seinen Besitzungen bei Erfurt weilt, in Berlin wieder versammelt ist, trat gestern Mittag im Gebäude des Staatsministeriums, Leipzigerstraße 1, zu einer Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte der Reichskanzler v. Caprivi.

* **Zur Revision des Invaliditätsversicherungsgesetzes** schreibt die „Freisinnige Zeitung": „Die Probe darauf, ob der jetzigen Mehrheit des Reichstages die Inkraftsetzung genehm ist, wird derselben vor dem Neujahrstermin schwerlich erspart bleiben. Unserer Schätzung nach wird in dem für die Regierung günstigsten Fall die Socialdemokratie für die Inkraftsetzung den Ausschlag geben." Damit wird, wie es scheint, ein **deutschfreisinniger Antrag im Reichstag** angekündigt, die Ausführung des Gesetzes zu verschieben. Man darf interessanten Verhandlungen darüber entgegensehen. Nach den bestimmten Erklärungen der Regierung würde aber ein Aufschub auch dann schwerlich bewilligt werden, wenn sich eine Reichstagsmehrheit dafür aussprechen sollte.

* Durch den Tod des deutschfreisinnigen Abg. Witt ist der **Reichstagswahlkreis Landsberg a. W.** erledigt. Bei den jüngsten Wahlen wurden 9011 conservative, 12 333 deutschfreisinnige und 232 socialdemokratische Stimmen abgegeben. Früher war der Wahlkreis nur einmal (1881—84) deutschfreisinnig, sonst conservativ oder nationalliberal vertreten. Es wird den Deutschfreisinnigen auch jetzt schwer halten, das Mandat zu behaupten. Herr Witt hatte dem Reichstag auch in den Jahren 1881—87 als Vertreter von Sorau und seit langen Jahren dem preußischen Abgeordnetenhause angehört; einstmals der nationalliberalen Partei angehörig, war er bei der „Secession" ausgetreten.

* **Aus Eisenach** wird uns vom 29. September geschrieben: Der **nationalliberale Reichsverein** hier hält seine erste diesjährige Winterversammlung nächsten Donnerstag Abend im Tivoli ab. Hierbei wird der Generalsecretair der nationalliberalen Partei, **Herr Patzig aus Berlin**, „über die Fragen des Arbeiterschutzes" sprechen. Auf Wunsch des Gewerbe-Vereins-Vorstandes wird vorher am Nachmittag eine Conferenz mit Vertretern des Handels-, der Industrie und des Gewerbes vorangehen behufs freien und zwanglosen Gedankenaustausches über Fragen des Arbeiterschutzes zum Zwecke gegenseitiger Information. — Heute Mittag 1 Uhr 35 Minuten ist der Reichscommissar Major von Wißmann, einer Einladung unseres Großherzogs Folge leistend, hier eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich Dr. Bumiller und der Chef der afrikanischen Schutztruppe Freiherr v. Gemmingen. Die Herren wurden mittelst Hofequipage nach der Wartburg gefahren. — Der Großherzog wird am 7. October Abends die Wartburg verlassen und sich nach den schlesischen Besitzungen seiner Gemahlin in Heinrichau begeben, um dort am 8. October den 48. Jahrestag seiner Vermählung in aller Stille zu begehen.

* * *

* Die auf Kosten der Gemeinde Wiens ausgeführte **Ausschmückung der Straßen**, durch welche Kaiser Wilhelm seinen Einzug halten wird, ist, wie aus Wien berichtet wird, vollendet und bietet ein großartiges, farbenprächtiges Bild. Die Zahl der Tribünen wird, da sich auch außerhalb Wiens, nach den eingelangten Berichten, zahlreiche Besucher rüsten, zur Begrüßung des hohen Gastes dort einzutreffen, bedeutend vermehrt werden müssen. Eine polizeiliche Verordnung kündigt bereits an, daß für Wagen und Fußgänger am 1. October in der Zeit von 8 bis 10 Uhr Vormittags vom Nordbahnhofe bis zur Hofburg der Verkehr auf der Fahrbahn untersagt ist. In der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Freihaltung der Straßen wird die Sicherheitswache von der Veteranenschaft unterstützt werden. Die Veteranen werden Spalier bilden und 13 Musikcapellen derselben werden mit ihren Fahnen an verschiedenen Puncten aufgestellt sein. Auf dem Bahnhofe wird eine Ehren-Compagnie des Infanterie-Regiments Friedrich Wilhelm Aufstellung nehmen. Vormittags wird Kaiser Wilhelm die Hofburg verlassen, um dem deutschen Botschafter Prinzen Reuß einen Besuch abzustatten und bei dieser Gelegenheit nochmals die geschmückten Straßen besichtigen, hierauf nach der Hofburg zurückkehren und Mittags die Fahrt nach dem Schönbrunner Schlosse antreten.

* Der Ministerpräsident **Graf Taaffe**, der Statthalter von Nieder-Oesterreich und fast sämmtliche Mitglieder der Donauregulirungscommission unternahmen am Montag eine Fahrt bis Deutsch-Altenburg zur Besichtigung der durch den letzten außerordentlichen Donau-Hochwasserstand verursachten Beschädigungen an den Donaubauten und Dämmen. Während der Fahrt nahmen Graf Taaffe und der Statthalter die Wünsche der Gemeinde-Vertretungen entgegen, welche zu diesem Zwecke erschienen waren.

* Das Gesuch der **deutschen Kirchenschulen** in **Petersburg** um Beibehaltung des bisherigen Lehrplanes ohne die von ministerieller Seite verlangte Einschränkung der lateinischen und griechischen Unterrichtsstunden ist, wie verlautet, abgelehnt worden. Das Ministerium verlangt, daß die deutschen Kirchenschulen fortan genau das Programm und die Vorschriften, welche für die vom Staate unterhaltenen Gymnasien erlassen worden sind, einhalten sollen. Mit dem Amtsantritt des neu ernannten Curators des Petersburger Lehrbezirks Kapustin dürfte sofort mit der Russificirung der deutschen Kirchenschulen in Petersburg auf Grund des neuen ministeriellen Rundschreibens begonnen werden, welches verlangt, daß möglichst nur Russen als Lehrer der alten Sprachen fungiren sollen. Die hauptsächlichste Gefahr für die Fortexistenz der deutschen Kirchenschulen erblickt man in den nahen Beziehungen Kapustin's zum Oberprocureur Pobedonoszew, der ein grundsätzlicher Gegner der protestantischen Kirchenschulen ist.

* In der **armenischen Kirche von Kumkapu** in **Konstantinopel** ist ein neues **Attentat** gegen einen **Priester** begangen worden. Ein junger Armenier, so berichtet eine Meldung der „Daily News", feuerte auf den Hauptpriester der Kathedrale, welcher sich durch Aufsagen gegen die Theilnehmer der jüngsten Ruhestörung in der Kathedrale mißliebig gemacht hatte, eine Kugel ab, welche indeß ihr Ziel verfehlte. Der Attentäter entkam.

* In **Bern** werden Vorbereitungen zu einer großen Volksversammlung in der Mittelschweiz getroffen, um den Liberalen des Cantons Tessin für ihre Stellungnahme gegen die Bestrebungen der Reaction die Sympathien der Mittelschweiz zu bezeugen. — Der **schweizerische Bundesrath** gab im Nationalrath in Betreff der Wiedereinsetzung der früheren Regierung im Tessin folgende Erklärung ab: „Wir hoffen, nach Feststellung des Abstimmungsergebnisses im Tessin, den Commissar beauftragen zu können, die Regierung wieder einzusetzen. Das ist unsere Absicht; aber die Vorsicht erlaubt uns nicht, heute einen endgiltigen Entscheid zu fassen, welchen gebieterische Umstände uns zu widerrufen zwingen könnten".

* England hat im Hinblick auf den Artikel 7 des Auslieferungsvertrages die Auslieferung Castioni's, des vermuthlichen Mörders des Staatsrathes Rossi im Tessin, verweigert.

* Großes und peinliches Aufsehen erregt ein Brief, welchen der pensionirte Premierlieutenant Tindal im radicalen „Dagblad voor Nederland" veröffentlicht hat. Tindal richtet einen Brief an das „**Niederländische Volk**", welchem er mittheilt, daß er im königlichen Lustschloß Loo um eine Audienz bei dem **König** nachgesucht habe; dieselbe sei ihm aber durch den dienstthuenden Adjutanten unter Hinweis auf des Monarchen Gesundheitszustand verweigert worden, welcher derartig sei, daß selbst ein Ansuchen um eine Audienz nicht vorgetragen werden könne. Nach näheren Erkundigungen, die er auf diesen Bescheid hin eingezogen habe, sei ihm zur Gewißheit geworden, daß der König durch seine Umgebung von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossen werde. Nur einige Personen der engeren Umgebung haben Zugang zum Monarchen, und diese wüßten Jedermann fernzuhalten, selbst wenn es sich um die dringendsten Staatsangelegenheiten handle. Auch seine (Tindal's) Berichte über den traurigen Vertheidigungszustand des Landes seien unterschlagen worden. In der Annahme, daß der König durch seinen schwachen Gesundheitszustand nicht mehr im Stande sei, Staatsgeschäfte zu besorgen, schlage er vor: 1) den §. 38 des holländischen Grundgesetzes in Anwendung zu bringen, demzufolge eine Regentschaft eingestellt werden müsse; 2) die Minister in Anklagezustand zu versetzen nach §. 3 der Verfassung, der also lautet: „Strafbar sind die Chefs der Departements, die nicht für die Ausführung der Gesetze sorgen."

* Die Auffassung der **französischen Bevölkerung in Canada** bezüglich ihres Verhältnisses zu England fand kürzlich einen sehr unverblümten Ausdruck. In Montreal hielt am vorigen Dienstag der **Premier von Quebec, Mercier**, an die zum Besuch weilenden Mitglieder des **französischen Alpenclubs** eine Ansprache. Unter lautem Beifall erklärte er, daß die Provinz Quebec loyal, aber eine französische Provinz sei. Sie sei loyal, fuhr der Redner fort, weil sie sich verpflichtet habe, an dem Vertrag zwischen Frankreich und Großbritannien treu festzuhalten. Bis jetzt habe Großbritannien keine Ursache gehabt, sich über die Loyalität der Bevölkerung dieser Provinz zu beklagen, und dies würde der Fall sein, so lange Großbritannien seinen Verpflichtungen bezüglich der französischen Gesetze, Sprache und Sitten des französischen Volkes in Canada nachkomme. Wenn Großbritannien, schloß der Redner, jedoch jemals ermangeln würde, seine Verpflichtungen den Franzosen gegenüber zu erfüllen, würden letztere sich ihrer Verpflichtungen entledigen.

Zur Lage in Portugal.

* Die **Lage in Portugal** hat sich seit den letzten acht Tagen nicht wesentlich verändert. Das heißt, äußerlich behaupten sowohl Monarchisten als Republikaner ihre Stellungen; was hinter den Coulissen vorgeht, entzieht sich natürlich der Kenntnißnahme unbetheiligter Beobachter, namentlich wenn sie dem Schauplatze der portugiesischen Ereignisse so fern stehen, wie das vom größten Theile Europas gesagt werden kann. Private Drahtmeldungen deuten an, daß die Gefahr für den Fortbestand der Monarchie eher im Zunehmen begriffen sei, daß die Zuverlässigkeit der Armee mehr und mehr ins Wanken geräth und daß sich zu den vorhandenen Schwierigkeiten politischer Natur, die doch gerade ernst genug sind, auch noch solche finanzieller Natur gesellen, daß von der Aufnahme einer Anleihe, gegen Verpfändung des Tabakmonopols, die Rede sei. Angesichts der kritischen inneren und äußeren Lage, in welcher sich Portugal nun schon seit Monaten unausgesetzt befindet, haben die Verbreiter pessimistischer Anschauungen über Gegenwart und Zukunft dieses Staates ein um so leichteres Spiel, als die Logik der Ereignisse ihnen Recht zu geben scheint. Zwei Thatsachen stehen zweifellos fest: daß ein tiefes Mißbehagen durch die breite Masse des portugiesischen Volkes geht und daß dieser Umstand von einer verhältnißmäßig kleinen republikanischen Clique benutzt wird, mit Erfolg systematische Opposition gegen das portugiesische Königthum zu machen. Letzterem sind durch das Auftreten Englands in der afrikanischen Colonialstreitfrage die Hände gebunden. Im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit kann die Regierung des Königs Carlos nicht daran denken, England mit seiner eigenen Münze zu bezahlen; das Recht des Stärkeren befindet sich in dem afrikanischen Streite auf Seiten des Inselreiches und die Monarchie in Portugal wäre rettungslos verloren, wenn sie den Conflict